



Unterausschuss "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

38. Sitzung (öffentlich)

12. Januar 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Manfred Palmen (CDU)

Stenograf/in: Heike Niemeyer, Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Hochschulpersonal effektiv und flexibel einsetzen: Beschäftigung nach BAT beenden und neuen Wissenschaftstarifvertrag einführen** 1

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4616

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit der Fraktion der FDP abgelehnt.

- 2 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf - Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen** 1

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen in Abwesenheit der Fraktion der FDP abgelehnt.

- 3 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 2004/2005** 1

Bericht zur Unterrichtsversorgung 2004/2005

Vorlage 13/2536

Der Ausschuss stimmt der Verordnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU in Abwesenheit der FDP-Fraktion zu.

- 4 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)** 2

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

1. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/4660

2. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/4860

a) Allgemeines

- Bericht des Ministeriums und Diskussion über die den Personalbereich betreffenden Veränderungen in der zweiten Ergänzung

- b) Personalhaushalte in den Einzelplänen** 5

Einzelplan 04 - Justizministerium

Vorlage 13/2572 (Personalbedarf Zentralkrankenhaus Fröndenberg)

Nach weiterer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, vom Ministerium eine schriftliche Erläuterung dafür zu verlangen, dass die ursprünglich beantragten vier Stellen für Assistenzärzte nicht mehr, wie es noch in der Begründung zum Haushaltsentwurf heiße, der Umsetzung des EuGH-Urteils in Sachen "Bereitschaftsdienst", sondern zusammen mit drei weiteren, in der ersten Ergänzungsvorlage ausgewiesenen Stellen nunmehr zum Ersatz der Ärzte im Praktikum dienen soll-

senen Stellen nunmehr zum Ersatz der Ärzte im Praktikum dienen sollten.

Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Kap. 15 033 - Landesinstitut für Qualifizierung

Kap. 15 400 - Landesbetrieb Mess- und Eichwesen

Kap. 15 410 - Materialprüfungsamt

Der Ausschuss diskutiert über die genannten Kapitel

- c) **Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes und Personalhaushalte aller Einzelpläne** (s. Anlage 2) 8

- Schlussberatung und Abstimmung

In Verbindung damit:

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

hier: **Artikel 1 - Gesetz zur Änderung der Beihilfenverordnung**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)

- Schlussberatung und Anstimmung

Die Abstimmungsergebnisse sind dem Diskussionsteil zu entnehmen.

5 Verschiedenes

20

(siehe Diskussionsteil)

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

4 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

1. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/4660

2. Ergänzung der Landesregierung zu den Gesetzentwürfen

Drucksache 13/4860

a) Allgemeines

MR Landwehr (FM) erläutert zunächst die Veränderungen in der 2. Ergänzung betreffend den Personalbereich:

Im Ministerialkapitel des Einzelplans 03 ist die Hebung einer Stelle der Besoldungsgruppe B 2 nach B 3 vorgesehen. Die Kompensation erfolgt durch Absetzung einer Stelle der Besoldungsgruppe A 13 z. A.

Im Kapitel 03 020 - Allgemeine Bewilligungen - sind 34 kw-Vermerke an Planstellen/Stellen des - vergleichbar - mittleren Dienstes ab 01.01.2005 ausgebracht.

Im Zusammenhang mit der geforderten Zentralisierung werden insgesamt 50 kw-Vermerke ausgebracht, und zwar neben den genannten 34 im Kapitel 03 020 10 im Justizressort in Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen - und 6 im Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Finanzministeriums -, Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter.

Sie beruhen auf den auch im Ausschuss für Haushaltskontrolle schon mehrfach diskutierten Feststellungen des Landesrechnungshofes in Sachen "Beihilfe". Möglich geworden ist die Verringerung der Stellenzahl durch die Erhöhung der "Schlagzahl".

Fünf der im Kapitel 03 020 ausgebrachten kw-Vermerke stehen allerdings unter "dem Vorbehalt einer Überprüfung der Eingangszahlen in der Beihilfebearbeitung", da vorgetragen wurde, die Zahl der eingehenden Anträge würde steigen.

Sollten entsprechende Erhebungen tatsächlich einen eklatanten Zuwachs an Anträgen ergeben, kann dieser Arbeitsanfall nicht wegdiskutiert werden, denn die Einigung über die Ausbringung von kw-Vermerken ist auf der Grundlage einer bestimmten Zahl von Anträgen und einer Erhöhung der "Schlagzahl" erfolgt.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

Um einem eventuellen Personalmehrbedarf gerecht werden zu können, ist in das Kapitel 12 050 ein neuer Haushaltsvermerk aufgenommen worden, nach dem "bis zu 29 Planstellen/Stellen des (vergleichbar) mittleren Dienstes mit kw-Vermerk sowie entsprechende Haushaltsmittel" ... "im Einvernehmen mit dem Finanzministerium im Haushaltsvollzug von Kapitel 12 050 nach Kapitel 12 200", also zum Landesamt für Besoldung und Versorgung," umgesetzt werden" können, weil dort durch die gestiegene Zahl der Versorgungsempfänger stetig mehr Beihilfeanträge eingehen.

Wir haben die Aufhebung der kw-Vermerke noch nicht beantragt, weil derzeit noch ein Prüfungsverfahren des Landesrechnungshofes läuft, dessen Ergebnis wir nicht vorgereifen wollen. So viel zu dem Komplex "Beihilfebearbeitung".

Im Kapitel 03 640 - Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen Bonn-Bad Godesberg - Landesbetrieb - sind aufgrund einer Organisationsuntersuchung durch den Landesrechnungshof 31 kw-Vermerke ausgebracht.

Im Einzelplan 04 - Justiz - sind wegen der Belastung der Arbeitsgerichtsbarkeit 50 neue Stellen, davon 20 für Richter und 30 für den Assistenzbereich, ausgebracht, jedoch gleichzeitig kw-gestellt ab 01.01.2010, um deutlich zu machen, dass es sich um eine temporäre Verstärkung handelt. Die Kompensation erfolgt durch Streichung von 29 Stellen A 6 - mittlerer Dienst.

Im Einzelplan 05 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule, Jugend und Kinder - sind für 2004 zusätzlich 200 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, sprich: Referendare, etatisiert, da sich die Bewerberzahlen nach oben entwickelt haben und davon auszugehen ist, dass dann, wenn diese Referendare die Referendarzeit beendet haben, auch entsprechender Bedarf besteht und freie Stellen vorhanden sind, um sie zu übernehmen.

Im Einzelplan 12 - Geschäftsbereich des Finanzministeriums - sind für 2004 30 Einstellungsermächtigungen für den gehobenen Dienst vorgesehen. Wie bekannt, ist bei der Anhörung vorgetragen worden, dass die Steuereinnahmen insbesondere durch Verstärkung der Prüfung verbessert werden müssten. - Soweit zu den Veränderungen im Stellenbereich.

Zu nennen sind noch zwei Änderungen bei den Ansätzen:

Eine zusätzliche globale Minderausgabe bei den Personalausgaben in 2005 in Höhe von 45 Millionen € kann nach Ansicht der Landesregierung u. a. durch Reduzierung der Mehrarbeitsvergütung gedeckt werden, und zwar mittels der "Gewinne" aus der Erhöhung der Arbeitszeit für Beamte und Beamtinnen.

Zweitens ist die globale Minderausgabe reduziert worden. Denn sollte ursprünglich mit dem In-Kraft-Treten des Haushaltsbegleitgesetzes zum 01.01.2004 das Sterbegeld gestrichen werden, ist dieser Termin wegen des In-Kraft-Tretens des Gesetzes erst im Laufe des Jahres 2004 nicht mehr haltbar - mit der Folge, dass die globale Minderausgabe um einen Monatsbetrag herabgesetzt werden muss, da für die Sterbefälle vor In-Kraft-Treten des Gesetzes das Sterbegeld noch zu zahlen ist.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

Edith Müller (GRÜNE) bittet, den Abgeordneten diese Darstellung schriftlich zuzuleiten, und zwar bis heute Mittag wegen der zeitlichen Enge im Beratungsverfahren.

Erläuterungen wünscht die Abgeordnete zu den im Einzelplan 12 ausgewiesenen zusätzlichen 30 Einstellungsermächtigungen für Betriebsprüfer, da die Exekutive in früheren Jahren trotz Aufstockung der Anzahl der Betriebsprüfer durch den Haushaltsgesetzgeber wegen eines gleichzeitigen Personalbedarfs im Innendienst dann letzteren verstärkt habe, anstatt tatsächlich der Betriebsprüfung mehr Kapazität zukommen zu lassen.

Nach Auskunft von **MR Schmücker (FM)** ändern sich die Zielvorgaben durch die Einstellungsermächtigung für 30 zusätzliche Finanzanwärter/innen nicht. Denn wenn diese nach dreijähriger Ausbildung im Jahre 2008 für die Arbeit in der Finanzverwaltung zur Verfügung ständen, dienten sie dazu, die Bemühungen, nicht nur mehr Betriebsprüfungen, sondern auch mehr Umsatzsteuersonderprüfungen und Lohnsteuerausprüfungen vorzunehmen, insofern zu flankieren, als durch sie einerseits der Innendienst eine Verstärkung erfahren solle, um andererseits aus dem Innendienst erfahrene Mitarbeiter für die genannten Aufgaben im Außendienst herauszuziehen.

Rolf Seel (CDU) kommt auf eine Erläuterung des Finanzstaatssekretärs im Rahmen der Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses in Dortmund vom 5. Dezember 2003 zurück, wonach trotz 700 vorhandener Planstellen pro Jahr nur 301 Finanzanwärter/innen eingestellt werden sollten. Ab 2008, so der Staatssekretär damals, beabsichtigte die Landesregierung dann wieder die Übernahme von 600 Steuerinspektor/inn/en pro Jahr. Diese Absicht bedeute seines, Seels, Erachtens aber, bereits im nächsten und übernächsten Jahr und nicht erst in 2008 die Zahl der Finanzanwärter/innen massiv hochfahren zu müssen.

MR Schmücker (FM) begründet die Absenkung der Zahl der Einstellungen auf den halben Ersatzbedarf in den Jahren 2004 und 2005 mit der Notwendigkeit, die aus der 41-Stunden-Woche resultierenden kw-Vermerke zu realisieren. Ab 2006 steige der Ersatzbedarf in der Finanzverwaltung durch Altersabgänge, was eine Zahl von 600 Neueinstellungen realistisch erscheinen lasse.

Vorsitzender Manfred Palmen hebt noch einmal den Ausgangspunkt der Diskussion hervor, nämlich die Frage danach, wann in der Betriebsprüfung endlich die anvisierte Kapazität von 3.555 besetzten Stellen erreicht sein werde.

Anschließend geht der Vorsitzende auf die zusätzlich ausgebrachten 130 kw-Vermerke sowie die Steigerung der Personalausgaben in 2004 um 2.229.400 € (s. Anlage 1) ein und erkundigt sich nach der Deckung für die Mehrausgaben.

Die Deckung erfolge, so **MR Landwehr (FM)**, zum Teil durch in den jeweiligen Einzelplänen ausgewiesene Reduzierungen, ansonsten im Zuge der Erwirtschaftung der globalen Minderausgabe in den Jahren 2004 und 2005.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

b) Personalhaushalte in den Einzelplänen

Einzelplan 04 - Justizministerium

Vorlage 13/2572 (Personalbedarf Zentralkrankenhaus Fröndenberg)

MDgt Kamp (JM) berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Insgesamt sind sieben zusätzliche Stellen für Assistenzärzte im Haushaltsplanentwurf vorgesehen, davon drei im originären Haushaltsentwurf und vier in der 1. Ergänzungsvorlage. Im Gegenzug sollen 30 Stellen für Ärzte im Praktikum abgesetzt werden.

Eine Überprüfung dieses Ansatzes im Anschluss an die letzte Sitzung des Unterausschusses "Personal" hat zu dem Ergebnis geführt, dass die zusätzlichen Stellen für sieben Assistenzärzte unabhängig von dem Komplex "Bereitschaftsdienst" dringend gebraucht werden, da ab 01.10.2004 der Ausbildungsabschnitt "Arzt im Praktikum" entsprechend einer Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung ersatzlos entfällt. Das heißt: Die bislang in Fröndenberg eingesetzten Kräfte stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Würden die sieben Stellen für Assistenzärzte nicht eingerichtet, müssten die Leistungen des Krankenhauses in Fröndenberg zurückgeführt, u. a. Stationen geschlossen werden. Wir könnten zudem das Qualitätsmanagement so wie beabsichtigt nicht realisieren und müssten auch darauf verzichten, ein Krankenhausinformationssystem einzuführen. In der Konsequenz könnten Gefangene in Fröndenberg nicht mehr voll versorgt werden, sondern müssten in andere Krankenhäuser verlegt werden - mit den sich daraus ergebenden höheren Personalkosten an anderer Stelle des Haushalts."

Vorsitzender Manfred Palmen erinnert an die seinerzeit vom Unterausschuss aufgeworfene Frage, ob die sieben Assistenzärzte in der Lage wären, die bisher von den 30 Ärzten im Praktikum erbrachte Leistung zu ersetzen. Dies schein nach Ansicht des Ministeriums offenbar klar der Fall zu sein.

Erwin Siekmann (SPD) erkundigt sich, zu wann das Ministerium die sieben Stellen besetzen wolle eingedenk der Tatsache, dass die 30 AiPler vermutlich nicht alle zum 1. Oktober 2004 ausschieden.

MDgt Kamp (JM) schätzt, dass das Besetzungsverfahren, welches, würde der Etat Ende dieses Monats entsprechend verabschiedet, im Februar mit einer Ausschreibung beginnen und mehrere Monate in Anspruch nehmen würde, nach der Sommerpause 2004 abgeschlossen wäre. Die Verträge mit den derzeitig tätigen AiPlern liefen selbstverständlich sukzessive aus.

Die lange Dauer eines solchen Besetzungsverfahrens erklärt MDgt Kamp mit dem Erfordernis, zunächst auszuschreiben, dann Auswahlgespräche durchzuführen, amtsärzt-

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

liche Gutachten einzuholen usw., was sich alles zusammen nach der Erfahrung bei der Besetzung relativ hochwertiger Stellen mehr als drei Monate hinziehe, zumal man heute im Gegensatz zu früher nicht mehr aus einem großen "Ärzteüberschuss" schöpfen könne.

Auf eine Anmerkung des **Vorsitzenden**, der seinerseits Bezug auf das EuGH-Urteil zum Bereitschaftsdienst nimmt, eingehend, betont **MDgt Kamp (JM)**, es bliebe dennoch bei den - damals noch mit Blick auf das EuGH-Urteil - beantragten ursprünglich vier plus drei nachträglich beantragten Stellen, also insgesamt sieben.

Erwin Siekmann (SPD) ist nicht nachvollziehbar, weshalb, obwohl die vom Justizministerium zunächst vorgetragene Begründung "EuGH-Urteil" wegen einer möglichen anderen Regelung auf europäischer Ebene nicht mehr trage, trotzdem nicht nur drei, sondern immer noch zusätzlich die vier Stellen zur Umsetzung des Urteils ausgewiesen würden.

Eines Antrages vonseiten der Fraktionen für die Stellen bedarf es nach Auskunft von **MDgt Kamp (JM)**, anders als von **Edith Müller (GRÜNE)** vermutet, nicht, da der Haushaltsentwurf drei und die erste Ergänzung vier Stellen für Assistenzärzte ausweise; geändert habe sich lediglich die Begründung "EuGH-Urteil zum Bereitschaftsdienst". Die sieben Stellen brauche das Haus allein schon aufgrund des Auslaufens des Modells AiP.

Was die von **Erwin Siekmann (SPD)** und **Edith Müller (GRÜNE)** hinterfragte Etatisierung der Stellen für das gesamte Jahr 2004, obwohl erst ab Oktober benötigt, angeht, regt **MDgt Kamp (JM)** an, sie bis zur Inanspruchnahme mit einem Sperrvermerk zu versehen, denn es sei haushaltstechnisch nicht möglich, Stellen nur für einige Monate des Jahres zu etatisieren.

Vorsitzender Manfred Palmén schlägt vor, einen Sperrvermerk bis zum 30. Juni 2004 auszubringen.

Nach weiterer Diskussion verständigt sich der Ausschuss darauf, vom Ministerium eine schriftliche Erläuterung dafür zu verlangen, dass die ursprünglich beantragten vier Stellen für Assistenzärzte nicht mehr, wie es noch in der Begründung zum Haushaltsentwurf heiße, der Umsetzung des EuGH-Urteils in Sachen "Bereitschaftsdienst", sondern zusammen mit drei weiteren, in der ersten Ergänzungsvorlage ausgewiesenen Stellen nunmehr zum Ersatz der Ärzte im Praktikum dienen sollten.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Kap. 15 033 - Landesinstitut für Qualifizierung

RAng Huesmann-Kaiser (MWA) berichtet, das am 1. April 2002 errichtete Landesinstitut für Qualifizierung - LfQ - setze sich, wie bekannt, aus dem ehemaligen Landesinstitut für Internationale Berufsbildung mit Sitz in Solingen sowie der Abteilung Weiterbildung des Landesinstituts für Schule und Weiterbildung mit Sitz in Soest zusammen.

Was die im Zuge der Haushaltsberatungen 2003 angekündigten Planungen zur räumlichen Zusammenführung der beiden Standorte betreffe, habe sich das Kabinett am 18. März 2003 nach Bewertung von 30 angebotenen Objekten für eine Zusammenführung am Standort Hagen entschieden. Das neue Dienstgebäude werde von einem privaten Investor errichtet; der Mietvertrag datiere vom Dezember 2003; bezugsfertig werde das Gebäude im ersten Quartal 2005 sein.

Kap. 15 400 - Landesbetrieb Mess- und Eichwesen

RAng Huesmann-Kaiser (MWA) erinnert an die Absicht, die Zahl der Standorte der aufgrund von Organisationsuntersuchungen zum 01.01.2001 in einen Landesbetrieb überführten Eichverwaltung von 12 auf 9 zu reduzieren, wobei zur Schließung des Standortes Aachen bis zu den Beratungen über den Haushalt 2003 im Jahre 2002 wegen der seinerzeit noch nicht beendet gewesenen Auswertung von Untersuchungen und Berechnungen noch keine Entscheidung des Kabinetts vorgelegen habe.

Diese Entscheidung stehe immer noch aus, denn Minister Schartau habe den Beschluss über den Anfang 2003 eingebrachten Vorschlag der Fachabteilung, Aachen nicht zu schließen, da Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnung gezeigt hätten, dass dadurch höhere Kosten entstünden als durch eine Beibehaltung, bis zu einer bundesweiten Regelung über eine mögliche Privatisierung von technischen Prüfaufgaben zurückgestellt, um die sich daraus eventuell ergebenden Konsequenzen im Hinblick auf Personal und Standorte einbeziehen zu können.

Vorsitzender Manfred Palmen spricht die im Haushaltsplan sowie im Wirtschaftsplan des Landesbetriebes derzeit noch - unter dem Vorbehalt einer Privatisierung der Ersteinrichtung - ausgebrachten 23 kw-Vermerke an und erkundigt sich nach dem Stand der Privatisierung sowie dem hierfür erforderlichen Verfahren zur Änderung des Gesetzes über das Mess- und Eichwesen auf Bundesebene.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

RAng Huesmann-Kaiser (MWA) teilt mit, auf europäischer Ebene werde für 2004 die europäische Messgeräte Richtlinie erwartet. Dem Bund blieben anschließend 24 Monate Zeit für die Umsetzung in nationales Recht.

Der Bund-Länder-Ausschuss "Gesetzliches Messwesen" seinerseits habe bereits Ende vorigen Jahres seinen Endbericht über Privatisierungsmöglichkeiten im deutschen Eichwesen bei der Wirtschaftsministerkonferenz abgeliefert und von sich aus angeregt, die bisher auf bestimmte Messgeräte begrenzte Erlaubnis zur Ersteichung durch die Hersteller auf alle Messgeräte auszuweiten. Die erwähnten 23 kw-Vermerke bezögen sich auf den Zeitpunkt der Realisierung dieses Vorschlages.

Auf Initiative Nordrhein-Westfalens hätten die Wirtschaftsminister darüber hinaus beschlossen, eine Experimentierklausel aufzunehmen, die es den Ländern erlaube, zusätzlich bestimmte Bereiche auch der Nacheichung zu privatisieren.

Kap. 15 410 - Materialprüfungsamt

RAng Huesmann-Kaiser (MWA) begründet den Verzicht darauf, drei Planstellen nicht wie die 44 übrigen mit einem ku-Vermerk - Umwandlung in Angestelltenstellen nach Ausscheiden der Amtsinhaber; Maßnahme aufgrund eines Kabinettsbeschlusses zur Privatisierung des Landesbetriebs - zu versehen, damit, dass der Inhaber der B-4-Planstelle, der Direktor des Materialprüfungsamtes, als Vorgesetzter von Beamten selbst den Beamtenstatus haben müsse und man - zweitens - den Mitarbeitern des gehobenen Dienstes mit den zwei von der Umwandlung ausgenommenen Planstellen der Besoldungsgruppe A 14 Aufstiegsmöglichkeiten erhalten wolle.

Was den Stand der Planungen zur Privatisierung betrifft, ruft Frau Huesmann-Kaiser ins Gedächtnis, dass das Materialprüfungsamt seit dem 01.01.1995 als kaufmännisch eingerichteter Landesbetrieb mit der Zielvorgabe, die Organisationsstruktur zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsunternehmen fortzuentwickeln, geführt werde. In der Praxis habe bisher nur ein 80- bis 90-%iger Kostendeckungsgrad erreicht werden können.

Als Ergebnis eines Workshops im Herbst vergangenen Jahres unter Beteiligung des ehemaligen Gutachters, des Finanzministeriums, der Fachabteilungen des Hauses und dem MTA beschäftige man sich nunmehr dennoch konkret mit der Privatisierung. Zurzeit erstelle ein Gutachter in einem ersten Schritt eine Unternehmensbewertung. Sie hoffe, dass die nicht ganz einfache Privatisierung dann gelingen werde.

c) Personalrelevante Vorschriften des Haushaltsgesetzes und Personalhaushalte aller Einzelpläne (s. Anlage 2)

- Schlussberatung und Abstimmung

In Verbindung damit:

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

Gesetz über die Entlastung des Haushalts und über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern - Wasserentnahmeentgeltgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (Haushaltsbegleitgesetz 2004/2005)

hier: **Artikel 1 - Gesetz zur Änderung der Beihilfenverordnung**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4528 (Neudruck)

- Schlussberatung und Anstimmung

Nach den Worten des **Vorsitzenden** geht der Unterausschuss davon aus, dass alle Stelleneinrichtungen und -veränderungen, die mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zwischen der Drucklegung des Haushaltsentwurfs 2004/2005 und der Verabschiedung des Haushaltsplans 2004/2005 beschlossen worden seien bzw. noch beschlossen würden, in den endgültigen Haushaltsplan 2004/2005 redaktionell eingearbeitet würden.

Nunmehr entscheide der Unterausschuss über alle bis zum 9. Januar 2004, 13:00 Uhr, eingegangenen Anträge der Fraktionen, über alle in den Fachausschüssen angenommenen und abgelehnten personalrelevanten Anträge sowie über die Empfehlungen des Gutachterdienstes auf der Grundlage der Beratungen des Unterausschusses "Personal".

**Alle Einzelpläne
Gruppe 425/426 und Zuführungsbeträge der Landesbetriebe (HGr. 6)**

Lfd. Nr. EP/01

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Der **Vorsitzende** begründet die Enthaltung seiner Fraktion, obwohl sie das Anliegen des Antrages teile, mit der fehlenden Übersicht über die wirklich vorhandenen Einnahmen und Ausgaben des Haushalts.

Angela Freimuth (FDP) schließt sich diesem Argument für ihre Fraktion an.

Unterausschuss "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
38. Sitzung (öffentlich)

12.01.2004

ni-beh

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr. 01/01

Der Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Lfd. Nr. 01/02

Der Antrag wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Lfd. Nr. 01/03

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 01 wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Gesamtabstimmung

Der Unterausschuss "Personal" stimmt dem Einzelplan 02 ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP zu.

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr. 03/01

Vorsitzender Manfred Palmen (CDU) kommt auf einen Bericht des Innenministers vom 19. Dezember 2003 zu sprechen und möchte wissen, wie sich vor dem Hintergrund dieses Berichtes die kw-Stellen-Problematik orientiere.

Günter Garbrecht (SPD) führt aus, dass es bei Mehrbedarfen ein geregeltes Verfahren für die Beantragung zusätzlicher Stellen gebe. Der Unterausschuss habe sich seinerzeit darauf verständigt, die wegfallenden Aufgaben über 5-kw-Vermerke zu realisieren.

Edith Müller (GRÜNE) skizziert die Schwierigkeit, haushaltswirksame Effekte in Form eines Stellenabbaus einerseits und Bürokratieabbau/Rationalisierung andererseits zu bewerkstelligen. Der Antrag solle für mehr Präzision und eine höhere Verlässlichkeit sorgen.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der CDU und FDP angenommen.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 03 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr. 04/01

Für ihre Fraktion erläutert **Angela Freimuth (FDP)** den Antrag über die schriftliche Begründung hinaus: Mit der personellen Verstärkung sollten Altlasten vermieden und eine zeitnah entscheidende Justiz mit der entsprechenden Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden.

Der Antrag sei, entgegnet **Edith Müller (GRÜNE)**, aus Sicht ihrer Fraktion deshalb nicht zustimmungsfähig, weil angesichts der 41-Stunden-Woche für beamtetes Personal im Aushilfsbereich reduziert werden könne. Dieser Bereich werde im Übrigen zur allgemeinen Deckung benutzt.

Angela Freimuth (FDP) erinnert daran, dass in den Serviceeinheiten vorwiegend Angestellte beschäftigt würden. Deshalb helfe die Ausweitung der Arbeitszeit für beamtetes Personal nicht weiter. Darauf sei auch bei der Anhörung der Berufsverbände im hiesigen Ausschuss hingewiesen worden.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP und bei Enthaltung durch die CDU abgelehnt.

Lfd. Nr. 04/02

Angela Freimuth (FDP) ergänzt die Antragsbegründung ihrer Fraktion mit dem Hinweis darauf, dass die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens in anderen Bundesländern erste Erfolge zeitige und Einsparungsmöglichkeiten eröffne. Der vorgeschlagene Weg wäre für Nordrhein-Westfalen wünschenswert.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die CDU und Zustimmung durch die FDP abgelehnt.

Lfd.Nr. 04/03

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch CDU und FDP angenommen.

Lfd. Nr. 04/05

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion der CDU gegen das Votum der Fraktion der FDP abgelehnt.

Lfd. Nr. 04/06

Angela Freimuth (FDP) sieht mit dem Antrag ihrer Fraktion die Chance eines Versuchs, die Probleme des Jugendstrafvollzugs effizient zu bewältigen und eine vorzeitige Resozialisierung zu erreichen.

Vorsitzender Manfred Palmen unterstützt den Antrag namens seiner Fraktion.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der CDU und der FDP abgelehnt.

Unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage weist der **Vorsitzende** auf 50 neue Stellen für die Arbeitsgerichtsbarkeit mit einer kw-Stellung ab 1. Januar 2010 hin. Ausgebracht würden 60-kw-Vermerke bei Streichung von 29 Justizsekretärsanwärterstellen im Jahre 2005.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 04 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzung des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule, Jugend und Kinder

Lfd. Nr. 05/01

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die FDP-Fraktion gegen das Votum der CDU-Fraktion angenommen.

Lfd. Nr. 05/02

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Lfd. Nr. 05/03

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP abgelehnt.

Lfd. Nr. 05/04

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Lfd. Nr. 05/05

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 05 wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr. 06/01

Angela Freimuth (FDP) gibt zu bedenken, dass sich Leistungseliten nur dann erreichen ließen, wenn sich Hochschulen ihre Studierenden selber aussuchen könnten. Auch müssten die Studierenden ihre Hochschulen individuell wählen können. Dem laufe das ZVS-Verfahren absolut entgegen. Die Koalition sollte an der Stelle konsequent ihren eigenen Absichtserklärungen folgen.

Anke Brunn (SPD) gibt zu bedenken, dass zunächst ein Staatsvertrag gekündigt werden müsste. Anschließend sei die Institution selber abzuwickeln. Im Übrigen würden die Hochschulen in Richtung einer Studierendenauswahl bereits geöffnet.

Angela Freimuth (FDP) erwidert, ihre Fraktion habe während ihrer Zugehörigkeit zum Parlament den Antrag auf Auflösung der ZVS über Jahre hinweg immer wieder gestellt. Ein entsprechender Beschluss hätte längst auf den Weg gebracht werden können.

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU abgelehnt.

Lfd. Nr. 06/02

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP bei Enthaltung durch die CDU abgelehnt.

Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 06 wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung

Lfd. Nr. 08/01

Zur Nachfrage des **Vorsitzender Manfred Palmén** betreffend den beurlaubten Beamten des höheren Dienstes teilt **MR Landwehr (FM)** mit, der beschriebene Vorgang sei von der Technik her in Ordnung und haushaltsneutral. Eine Deckungsmöglichkeit sei angeboten worden.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch CDU und FDP angenommen.

Lfd. Nr. 08/02

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 08 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Ausschusses und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

**Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz**

Lfd. Nr. 10/01

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP bei Enthaltung eines CDU-Abgeordneten abgelehnt.

Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie

Lfd. Nr. 11/01

Der Antrag wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch CDU und FDP angenommen.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 11 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Gesamtabstimmung

Unter Kenntnisnahme der zur heutigen Sitzung vom Finanzministerium eingereichten zusätzlichen Unterlagen wird der Einzelplan 12 unter Berücksichtigung der sich durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministeriums ergebenden möglichen

Weiterungen ohne weitere Aussprache mit Stimmenmehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Rolf Seel (CDU) betont wegen der Vorbildfunktion des Landesrechnungshofes, dass sich das Haus einer Personalkostenbudgetierung nicht verschließen dürfe, wenngleich die vom LRH vorgetragene Bedenken nachvollziehbar seien. Ausweislich des Berichterstattungsgesprächs solle dem Landesrechnungshof zugesichert werden, seinem Prüfungsauftrag in der gewohnten Manier nachkommen zu können. Vom Personalkostenbudget der Häuser sollten keine Renditen abgezogen werden. Das Thema werde in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung am Donnerstag vertieft.

Angela Freimuth (FDP) erinnert an die einvernehmliche Beschlusslage des hiesigen Ausschusses, in die Personalkostenbudgetierung einzusteigen. Dass der Landesrechnungshof - bei allem Verständnis für die Bedenken der Hausspitze - seiner Vorbildfunktion an der Stelle nicht gerecht werde, könne sie nur eingeschränkt nachvollziehen. Angesichts der konsensualen Linie bei allen Fraktionen sehe sie die Chance für eine zeitnahe Lösung.

Edith Müller (GRÜNE) hofft auf zügige Konsequenzen aus dem Berichterstattungsgespräch. Welche weiteren Schritte bis zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses oder der dritten Lesung im Plenum möglich seien, bleibe abzuwarten.

Vorsitzender Manfred Palmén formuliert folgenden Appell:

Der Unterausschuss "Personal" appelliert an den Landesrechnungshof, zum 1. Januar 2005 mit der Personalkostenbudgetierung zu beginnen.

Es gehe nicht an, entgegnet **Rolf Seel (CDU)**, dass die Exekutive Vorgaben mache, wie sich der Landesrechnungshof bei seinem Prüfungsauftrag zu verhalten habe. Das Kabinett könne nicht beschließen, dass der Landesrechnungshof zu einer Budgetierung übergehe. Er plädiere für die Möglichkeit, im Gespräch mit dem Landesrechnungshof geeignete Ansätze zu finden.

Angela Freimuth (FDP) stellt klar, das Parlament habe für eine Bestimmung im Rahmen des Haushaltsgesetzes zu sorgen. Unbeschadet eines Gesprächs mit den Betroffenen setze sie sich dafür ein, bis zur dritten Lesung des Haushalts zu versuchen, eine Formulierung ins Haushaltsgesetz aufzunehmen, die den Bedenken des Landesrechnungshofes und dem Wunsch des Parlaments genüge.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 13 ohne weitere Aussprache unter Berücksichtigung der sich durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers ergebenden möglichen Weiterungen einstimmig angenommen.

Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Gesamtabstimmung

Der Einzelplan 14 wird ohne weitere Aussprache unter Berücksichtigung der sich durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers ergebenden möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Lfd. Nr. 15/01

Der Antrag der Fraktion der FDP wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP abgelehnt.

Lfd. Nr. 15/02

Der Antrag der Fraktion der FDP wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen das Votum der FDP abgelehnt.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 15 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage bedingten möglichen Änderungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd. Nr. 20/01

Der Antrag der Fraktion der FDP wird ohne weitere Aussprache mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum der FDP-Fraktion bei Enthaltung durch die CDU-Fraktion abgelehnt.

Für 2005, merkt der **Vorsitzende** bei der Gelegenheit an, sei eine zusätzliche globale Minderausgabe in Höhe von 45 Millionen € in allen Einzelplänen aufgrund der Reduzierung der Mehrarbeitsvergütung als Folge der Arbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich eingestellt worden. Dieser Zusammenhang werde bei der Gesamtabstimmung berücksichtigt. Per Saldo würden in den Haushalten 2004 und 2005 43 Millionen € als Einsparung ausgewiesen.

Gesamtabstimmung

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 20 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses und der durch die Ergänzungsvorlage bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Haushaltsgesetz 2004/2005

Lfd. Nr. HG 02

Der Antrag aller Fraktionen wird ohne weitere Aussprache einstimmig angenommen.

Die Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht", teilt **Angela Freimuth (FDP)** mit, habe sich für eine Ergänzung des Haushaltsgesetzes ausgesprochen. Betroffen sei die Personalausgabenbudgetierung.

Rolf Seel (CDU) macht auf ein Petitum aller Fraktion zur Einführung eines neuen Paragraphen 7a in das Haushaltsgesetz aufmerksam.

Gesamtabstimmung Haushaltsgesetz

In der Gesamtabstimmung wird das Haushaltsgesetz 2004/2005 unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Gesamtabstimmung über den Haushalt

Der Gesamthaushalt wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse des Unterausschusses "Personal" und der durch die Ergänzungsvorlage des Finanzministers bedingten möglichen Weiterungen mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen das Votum von CDU und FDP angenommen.

Vorsitzender Manfred Palmen informiert, der Gesetzentwurf sei in der Fassung des Neudrucks vom 3. November 2003 (Drucksache 13/4528) vorgelegt worden. Im Artikel 1 werde im Wesentlichen die Streichung des Sterbegeldes behandelt.

Zugegangen seien die Zuschriften des Deutschen Beamtenbundes (Zuschrift 13/3468), des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund (Zuschrift 13/3476) sowie die Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes - Bezirk NRW - (Zuschrift 13/3512).

Seine Fraktion, teilt **Günter Garbrecht (SPD)** mit, werde zur nächsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses einen Änderungsantrag einbringen.

5 Verschiedenes

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich namens ihrer Fraktion beim Gutachterdienst für die Vorbereitung und Begleitung der Beratungen des Unterausschusses "Personal".

(Allgemeiner Beifall)

gez. Manfred Palmen
Vorsitzender

2 Anlagen

ba/04.08.2004/18.08.2004

Auswertung der II. Ergänzung zum HE 2004/2005Stand: ~~Kabinetts~~vorlage vom ~~05.01.2004~~

LT

09.01.2004

Kapitel	Anzahl	Stellen Wertigkeit	kw-Vermerke	Bemerkungen
03 010	1 -1 -1	B 3 B 2 A 13 z.A.		Hebung 1 Stelle B 2 nach B 3 durch Kompensation durch Absetzung einer A 13 z.A. Stelle
03 020			34	kw mD ab 01.01.05 wegen Beihilfezentralisie- rung; davon 5 kw-Vermerke unter dem Vorbehalt einer Überprüfung der Eingangs- zahlen in der Beihilfebearbeitung.
03 640			31	kw OrgU LRH (neu) 15 Arbeiter, 1 Angestellte eD und 3 Angestellte mD kw ab 01.01.04 3 Arbeiter, 4 Angestellte mD und 5 Angestellte gD kw ab 01.01.08
Epl. 03	-1		65	HE 2004 und 2005
04 020			10	kw mD ab 01.01.05 wegen Beihilfezentralisie- rung
04 240	20 30	R 1 VIb/VII	20 30	kw ab 01.01.2010 kw ab 01.01.2010 neue Stellen mit kw-V. wegen Arbeitsbelastung in der Arbeitsgerichtsbarkeit ; Deckung durch: <u>nachrichtlich:</u> -29 Justizsekretärsanwärter A 6 mD in 2005
Epl. 04	50		60	HE 2004 und 2005/ bzw. nur 2005
05 075				<u>nachrichtlich:</u> + 200 Beamte auf Widerruf im Vorbereitungs- dienst (Studienreferendare A 13) für 2004 aufgrund der Entwicklung der Bewerberzahlen für den Vorbereitungsdienst im Lehrerbereich hinsichtlich des Sondereinstellungstermins 06.09.2004
Epl. 05	0		0	HE 2004

Kapitel	Anzahl	Stellen Wertigkeit	kw-Vermerke	Bemerkungen
12 050			6	<p>kw mD ab 01.01.05 wegen Beihilfezentralisierung</p> <p>Ausbringung eines HH-vermerks bei 12 050 und 12 200, dass im HH-vollzug 2005 bis zu 29 Stellen mD sukzessive von 12 050 nach 12 200 -unter Wegfall des bei der Stelle ausgebrachten kw-Vermerks- umgesetzt werden können - Abdeckung eines etwaig noch weiter steigenden Stellenbedarfs beim LBV</p> <p><u>nachrichtlich:</u> + 30 Einstellungsermächtigungen g.D. nur für 2004</p>
Epl. 12	0		6	HE 2004 und 2005
Summe	49		131	

Auswirkungen auf die Personalausgaben

Kapitel	Titel	Betrag in Euro		Bemerkungen
		2004	2005	
04 240	422 01	978.000	984.000	neue Stellen in der Arbeitsgerichtsbarkeit wegen Arbeitsanfall gegen teilweise Deckung im Personalbereich, ansonsten Reduzierung des Deckungstitels für Ausgabereste (971 50 bei 04 020)
	425 01	894.000	900.000	
	422 02		- 295.800	
Epl. 04		1.872.000	1.588.200	
12 050	422 02	157.400	363.900	für 30 zusätzliche Einstellungsermächtigungen g.D. in 2004; Deckung bei Kapitel 12 020 Titel 526 83
Epl. 12		157.400	363.900	
20 020	462 30	200.000		Herabsetzung der Globalen Minderausgabe bei Titeln der Gruppe 441 und 446 (Beihilfen) um 1/12, da das HH-Begleitgesetz erst 1 Monat später Inkraft tritt (Wegfall der Beihilfe zu Beerdigungskosten).
20 020	462 20		-45.000.000	zusätzliche globale Minderausgabe für Personalausgaben in allen Einzelplänen u.a. aufgrund der Reduzierung der Mehrarbeitsvergütung als Folge der Arbeitszeitverlängerung im Beamtenbereich.
Epl. 20		200.000	-45.000.000	
Summe		2.229.400	-43.047.900	

Alle Einzelpläne

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
Alle EP/01	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	<p>Alle Einzelpläne Gruppe 425/426 und Zuführungsbeträge der Landesbetriebe (HGr. 6)</p> <p>Im Landeshaushalt 2004 und 2005 sind Ausbildungsstellen in gleicher Höhe wie im Haushaltsjahr 2003 auszuweisen.</p> <p>Erhöhung der Titel insgesamt:</p> <p>im Haushalt 2004 um 1.808.000 Euro</p> <p>im Haushalt 2005 um 5.424.000 Euro</p> <p>(Aufteilung siehe Anlage)</p> <p>Begründung: In der derzeitigen Arbeitsmarktsituation ist es ein falsches Signal, die Ausbildungsstellen innerhalb der Verwaltungen der Landesregierung zu senken.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: Enth. FDP: Enth. GRÜNE: ja</p>

Anlage zum Antrag "alle Einzelpläne/01"

Zahl der Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen
Ausbildungsverhältnissen
im Landeshaushalt NRW
2003 - 2004 - 2005

Kapitel	2003	2004			2005		
	Stellen	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz
01							
01 010	15	15	15		15	15	
Summe 01	15	15	15		15	15	
02							
02 010	8	8	8		7	8	1
02 100	1	1	1		1	1	
Summe 02	9	9	9		8	9	1
03							
03 020	91	78	91	13	78	91	13
03 110	9	9	9		8	9	1
	32	31	32	1	27	32	5
03 310	46	38	46	8	38	46	8
03 750	5	5	5		5	5	
Summe 03	183	161	183	22	156	183	27
04							
04 210	1.056	903	1.063	160	903	1.063	160
04 240	4	4	4		4	4	
04 410	80	65	65		65	65	
04 510	6	6	6		6	6	
Summe 04	1.146	978	1.138	160	978	1.138	160
05							
05 077	2	2	2		2	2	
05 310	180	180	180		180	180	
05 320	10	10	10		10	10	
05 380	70	70	70		70	70	
05 390	20	20	20		20	20	
Summe 05	282	282	282		282	282	

Anlage 2 zu APr 13/1101, Seite 3

Kapitel	2003	2004			2005		
	Stellen	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz
06							
06 070	3	3	3		3	3	
06 072	2	2	2		2	2	
06 085	2	2	2		2	2	
06 111	160	165	165		165	165	
06 121	145	148	148		148	148	
06 131	140	140	140		140	140	
06 151	139	150	150		150	150	
06 152	4	4	4		4	4	
06 160	112	110	110		110	110	
06 171	60	60	60		60	60	
06 215	104	106	106		106	106	
06 230	53	53	53		53	53	
06 240	30	32	32		32	32	
06 250	32	36	36		36	36	
06 260	41	44	44		44	44	
06 270	6	6	6		6	6	
06 540	4	4	4		4	4	
06 550	1	2	2		2	2	
06 580	1	1	1		1	1	
06 670	55	55	55		55	55	
06 680	7	6	6		6	6	
06 690	19	19	19		19	19	
06 711	24	25	25		25	25	
06 721	4	4	4		4	4	
06 731	23	24	24		24	24	
06 740	168	137	137		137	137	
06 750	27	35	35		35	35	
06 840	13	14	14		14	14	
06 850	2	2	2				
Summe 06	1.381	1.339	1.389		1.387	1.387	

Kapitel	2003	2004			2005		
	Stellen	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz
08							
08 010	14	13	14	1	13	14	1
08 020 TG 67	4	4	4		4	4	
Summe 08	18	17	18	1	17	18	1
10							
10 010	4	3	4	1	3	4	1
10 120	96	81	96	15	81	96	15
10 130	18	17	18	1	17	18	1
10 140	62	52	62	10	52	62	10
10 260	49	42	49	7	42	49	7
	98	82	98	16	82	98	16
10 410	83	81	83	2	81	83	2
10 460	17	14	17	3	14	17	3
Summe 10	427	372	427	55	372	427	55
11							
11 010	2	2	2		2	2	
11 230	2	2	2		2	2	
11 250	7	7	7		7	7	
11 330	9	9	9		9	9	
11 330 TG 64	9	9	9		9	9	
Summe 11	29	29	29		29	29	
12							
12 050	1	1	1		1	1	
12 090	3	3	3		3	3	
12 200	35	35	35		29	35	6
Summe 12	39	39	39		33	39	6
13							
Summe 13							
14							
14 010	2	2	2		2	2	
14 520	4	3	4	1	3	4	1
14 600	7	6	7	1	6	7	1
Summe 14	13	11	13	2	11	13	2

Anlage 2 zu APr 13/1101, Seite 5

Kapitel	2003	2004			2005		
	Stellen	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz	Stellen bisher lt. HE	Stellen Antrag SPD/Grüne	Differenz
15							
15 110	1	1	1		1	1	
15 120	33	33	33		33	33	
Summe 15	34	34	34		34	34	
insgesamt	3.576	3.336	3.576	240	3.322	3.574	252

Stellen für Auszubildende in den Landesbetrieben/Sondervermögen und Globalhaushalten

03 610 LDS	67	67	67	0	66	67	1
03 640 Landesverm.amt	32	27	32	5	27	32	5
03 660 GGRz Münster	6	5	6	1	5	6	1
06 141 RWTH Aachen	720	720	720	0	720	720	0
06 181 Uni Bielefeld	70	70	70	0	70	70	0
06 760 FH Münster	42	42	42	0	42	42	0
06 770 FH Niederrhein	17	17	17	0	17	17	0
06 650 FH Bn-Rhein-Sieg				0	2	2	0
08 084 TGr. 90 Straßenbau	273	228	273	45	228	273	45
08 130 Geologischer Dienst	24	22	24	2	22	24	2
11 426 Staatsbad Oeynh	2	2	2	0	2	2	0
12 700 BLB NRW	117	117	117	0	117	117	0
15 400 Mess- u. Eichwesen	2	2	2	0	2	2	0
15 410 Materialprüfungsamt	15	15	15	0	15	15	0
20 SV Haus Bürenschcr F.	2	2	2	0	2	2	0
Summe	1.389	1.336	1.389	53	1.337	1.391	54

Zusammen	4.965	4.672	4.965	293	4.659	4.965	306
-----------------	--------------	--------------	--------------	------------	--------------	--------------	------------

Verteilung der Ansatzerhöhung
2004 und 2005

Kapitel	Ansatz erhöhungen	
	2004 - in Euro -	2005 - in Euro -
01		
01 010	0	0
Summe 01	0	0
02		
02 010	2.825	8.475
02 100	0	0
Summe 02	2.825	8.475
03		
03 020	36.725	110.175
03 110	2.825	8.475
	14.125	42.375
03 310	22.600	67.800
03 750	0	0
Summe 03	76.275	228.825
04		
04 210	426.575	1.279.725
04 240	2.825	8.475
04 410	0	0
04 510	2.825	8.475
Summe 04	432.225	1.296.675
05		
05 077	0	0
05 310	0	0
05 320	0	0
05 380	0	0
05 390	0	0
Summe 05	0	0

Kapitel	Ansatzserhöhungen	
	2004 - in Euro -	2005 - in Euro -
06		
06 070	0	0
06 072	0	0
06 085	0	0
06 111	62.150	186.450
06 121	64.975	194.925
06 131	64.975	194.925
06 151	67.800	203.400
06 152	2.825	8.475
06 160	50.850	152.550
06 171	28.250	84.750
06 215	45.200	135.600
06 230	25.425	76.275
06 240	14.125	42.375
06 250	16.950	50.850
06 260	19.775	59.325
06 270	2.825	8.475
06 540	2.825	8.475
06 550	0	0
06 580	0	0
06 670	25.425	76.275
06 680	2.825	8.475
06 690	8.475	25.425
06 711	11.300	33.900
06 721	0	0
06 731	11.300	33.900
06 740	2.825	8.475
06 750	16.950	50.850
06 840	5.650	16.950
06 850	0	0
Summe 06	555.700	1.661.100

Kapitel	Ansatz erhöhungen	
	2004 - in Euro -	2005 - in Euro -
08		
08 010	2.825	8.475
08 020 TG 67	0	0
Summe 08	2.825	8.475
10		
10 010	2.825	8.475
10 120	42.375	127.125
10 130	2.825	8.475
10 140	28.250	84.750
10 260	19.775	59.325
	45.200	135.600
10 410	5.650	16.950
10 460	8.475	25.425
Summe 10	155.375	466.125
11		
11 010	0	0
11 230	0	0
11 250	0	0
11 330	0	0
11 330 TG 64	0	0
Summe 11	0	0
12		
12 050	0	0
12 090	0	0
12 200	16.950	50.850
Summe 12	16.950	50.850
13		
Summe 13	0	0
14		
14 010	0	0
14 520	2.825	8.475
14 600	2.825	8.475
Summe 14	5.650	16.950

Kapitel	Ansatzserhöhungen	
	2004	2005
	- in Euro -	- in Euro -
15		
15 110	0	0
15 120	14.125	42.375
Summe 15	14.125	42.375
insgesamt	1.259.950	3.779.850

Landesbetriebe/Sondervermögen und Globalhaushalte

03 610 LDS	2.825	8.475
03 640 Landesverm.amt	14.125	42.375
03 660 GGRz Münster	2.825	8.475
06 141 RWTH Aachen	333.350	1.000.050
06 181 Uni Bielefeld	28.250	84.750
06 760 FH Münster	19.775	59.325
06 770 FH Niederrhein	8.475	25.425
06 850 FH Bn-Rhein-Sieg	0	0
08 084 TGr. 90 Straßenbau	127.125	381.375
08 130 Geologischer Dienst	5.650	16.950
11 420 Staatsbad Oeynh.	0	0
12 700 BLB NRW	0	0
15 400 Mess- u. Eichwesen	0	0
15 410 Materialprüfungsamt	5.650	16.950
20 SV Haus Bürenscher F.	0	0
Summe	548.050	1.644.150

Zusammen	1.808.000	5.424.000
-----------------	------------------	------------------

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:																		
noch 01/02		<p>1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>2. Von den Planstellen der Bes.Gr. A 15 BBesO und den Stellen der Verg.Gr. Ia BAT darf ab der 14. Wahlperiode jeweils eine Stelle pro Enquete-Kommission nur mit einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter des gehobenen Dienstes besetzt werden.</p> <p>3. Von den Stellen der Verg.Gr. Vb/Vc BAT dürfen 3 Stellen ab der 14. Wahlperiode nicht mehr besetzt werden.</p> <table border="0" data-bbox="670 472 1165 1570"> <thead> <tr> <th></th> <th>Ansatz 2005 Euro</th> <th>Ansatz 2004 Euro</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>411 60</td> <td>Reisekosten der Abgeordneten 5.000</td> <td>7.000</td> </tr> <tr> <td>422 60</td> <td>Bezüge der Beamten und Richter Planstellen: 2005: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO 2004: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>425 60</td> <td>Bezüge der Angestellten</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>427 60</td> <td>Vergütungen und Löhne für Aushilfen</td> <td>-</td> </tr> </tbody> </table> <p>Hinweis: Der Antrag enthält folgenden nicht personalrelevanten Teil:</p> <table border="0" data-bbox="1197 472 1380 1570"> <tbody> <tr> <td>511 60</td> <td>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</td> <td>100.000</td> </tr> </tbody> </table>		Ansatz 2005 Euro	Ansatz 2004 Euro	411 60	Reisekosten der Abgeordneten 5.000	7.000	422 60	Bezüge der Beamten und Richter Planstellen: 2005: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO 2004: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO	-	425 60	Bezüge der Angestellten	-	427 60	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	-	511 60	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	100.000
	Ansatz 2005 Euro	Ansatz 2004 Euro																		
411 60	Reisekosten der Abgeordneten 5.000	7.000																		
422 60	Bezüge der Beamten und Richter Planstellen: 2005: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO 2004: 4 Planstellen Bes.Gr. A 15 BBesO	-																		
425 60	Bezüge der Angestellten	-																		
427 60	Vergütungen und Löhne für Aushilfen	-																		
511 60	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	100.000																		

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:																								
noch 01/02		<table border="0"> <tr> <td>517 60</td> <td>Bewirtschaftung der Räume</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>518 60</td> <td>Mieten und Pachten für Räume</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>526 60</td> <td>Kosten für Sachverständige</td> <td>44.000</td> </tr> <tr> <td>527 60</td> <td>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</td> <td>14.000</td> </tr> <tr> <td>541 60</td> <td>Kosten für die Durchführung von Kommissionssitzungen</td> <td>30.000</td> </tr> <tr> <td>546 60</td> <td>Vermischte Ausgaben</td> <td>-</td> </tr> <tr> <td>684 60</td> <td>Zuschüsse an Fraktionen</td> <td>228.000</td> </tr> <tr> <td></td> <td><i>Summe Titelgruppe</i></td> <td><i>321.000</i></td> </tr> </table> <p>Erläuterungen</p> <p>Zu Titelgruppe 60: Veranschlagt sind in dieser Titelgruppe die Aufwendungen, die nach § 33 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 01.06.1995, zuletzt geändert am 25.01.1996, entstehen.</p> <p>Ferner sind in dieser Titelgruppe Kosten nachzuweisen, die sich aus dem Gesetz über die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 18. Dezember 1984 - GV. NRW. 1985 S. 26, geändert durch Gesetz v. 24.4.1990 (GV. NRW S. 250), Artikel II d. AbGG NRW u. d. Untersuchungsausschussgesetzes NRW v. 18.12.2001 (GV. NRW S. 868); Art. I des Gesetzes v. 18.12.2002 (GV. NRW.2003 S. 6), in Kraft getreten am 16. Januar 2003, ergeben.</p>	517 60	Bewirtschaftung der Räume	-	518 60	Mieten und Pachten für Räume	-	526 60	Kosten für Sachverständige	44.000	527 60	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	14.000	541 60	Kosten für die Durchführung von Kommissionssitzungen	30.000	546 60	Vermischte Ausgaben	-	684 60	Zuschüsse an Fraktionen	228.000		<i>Summe Titelgruppe</i>	<i>321.000</i>
517 60	Bewirtschaftung der Räume	-																								
518 60	Mieten und Pachten für Räume	-																								
526 60	Kosten für Sachverständige	44.000																								
527 60	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	14.000																								
541 60	Kosten für die Durchführung von Kommissionssitzungen	30.000																								
546 60	Vermischte Ausgaben	-																								
684 60	Zuschüsse an Fraktionen	228.000																								
	<i>Summe Titelgruppe</i>	<i>321.000</i>																								

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
noch 01/02		<p>Zu Titel 425 60:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Stellen für Angestellte</th> <th>2005</th> <th>2004</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Vergütungsgruppe</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>BAT Ia</td> <td>2</td> <td>2</td> </tr> <tr> <td>BAT Vb/Vc</td> <td>6</td> <td>6</td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Durch die haushaltsneutrale Zusammenlegung der Titelgruppen können überplanmäßige Ausgaben im Bereich der Untersuchungsausschüsse vermieden werden. Außerdem entstehen bei vergleichbaren Aufwendungen Synergieeffekte.</p> <p>Votum des Fachausschusses: einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja FDP ja GRÜNE ja</p>	Stellen für Angestellte	2005	2004	Vergütungsgruppe			BAT Ia	2	2	BAT Vb/Vc	6	6
Stellen für Angestellte	2005	2004												
Vergütungsgruppe														
BAT Ia	2	2												
BAT Vb/Vc	6	6												
01/03	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen und SPD/ Bündnis 90/Die Grünen/FA	<p>Kapitel 01 010 - Landtag</p> <p>Titelgruppe 61 Ausgaben für Enquete-Kommissionen</p> <p>Hauptgruppe 4 Personalausgaben</p> <p>Nach Zusammenlegung (siehe gesonderter Antrag 01/02):</p> <p>Titelgruppe 60 Ausgaben für parlamentarische Untersuchungsausschüsse und Ausgaben für Enquete-Kommissionen</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: Enth. FDP: Enth. GRÜNE: ja</p>												

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 01/03		<p>1. Der Haushaltsvermerk Nr. 2 erhält folgende Fassung:</p> <p>"Soweit die Stellen des höheren Dienstes für eine Enquete-Kommission verwendet werden, darf eine dieser Stellen nur mit einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter des gehobenen Dienstes besetzt werden."</p> <p>2. Der Haushaltsvermerk Nr. 3 entfällt.</p> <p>3. Es werden folgende kw-Vermerke ausgewiesen:</p> <p>a) Bei Titel 422 60 Bes.Gr. A 15 BBesO davon 1/1 (4) Stellen kw zum 31.05.2005</p> <p>b) In den Erläuterungen zu Titel 425 60 Verg.Gr. BAT Ia davon 2/2 (0) Stelle kw zum 31.05.2005</p> <p>c) In den Erläuterungen zu Titel 425 60 Verg.Gr. BAT Vb/Vc davon 3/3 (4) Stellen kw zum 31.05.2003</p> <p>Begründung: Die Stellen können entfallen, wenn die derzeitigen Enquete-Kommissionen ihre Tätigkeit beendet haben.</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 01/03		
		<p><u>Votum des Fachausschusses:</u></p> <p>Der Antrag wurde im Fachausschuss zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss "Personal" verwiesen. Es fand keine Abstimmung statt.</p>
		<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: ja FDP: ja GRÜNE: ja</p>
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 01:</p>

Einzelplan 04 –Justizministerium

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
04/01	FDP und FDP/FA	<p>Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen Ausweisung eines neuen Titels: Titel 427 01 - Vergütung und Löhne für Aushilfen</p> <p>Neuer Ansatz: im Haushaltsjahr 2004 500.000 Euro im Haushaltsjahr 2005 1.000.000 Euro</p> <p>Erläuterungen: Zur personellen Verstärkung und Unterstützung der Serviceeinheiten in allen Gerichtsbarkeiten</p> <p>Begründung: Gegenwärtig sind die Verfahrensdauern bei Gericht länger als es für die Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger erträglich ist. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass im Bereich der Serviceeinheiten bei der gegenwärtigen Ausstattung nicht genug Personal zur Verfügung steht.</p> <p>Das Projekt Justiz 2003 ist entgegen der ursprünglichen Planung noch nicht abgeschlossen. Daher ist es im Interesse einer leistungsfähigen Justiz notwendig eine Verstärkung in diesem Bereich vorzunehmen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: Enth. FDP: ja GRÜNE: nein</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
noch 04/01		<p><u>Votum des Fachausschusses:</u></p> <p>Der Antrag wurde im Fachausschuss zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss "Personal" verwiesen. Es fand keine Abstimmung statt.</p>												
04/02	FDP und FDP/FA	<p><u>Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</u></p> <p>Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <table border="0"> <tr> <td>Reduzierung des Ansatzes</td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">610.671.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">602.251.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">607.671.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">600.751.800 Euro</td> </tr> </table> <p>Veränderung bei den Planstellen:</p> <p>Ausbringung von kw-Vermerken bei der Bes.Gr. A 8 BBesO Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin:</p> <p>im Haushaltsjahr 2004: 45 kw-Vermerke im Haushaltsjahr 2005: 45 kw-Vermerke</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: Enth. FDP: ja GRÜNE: nein</p>	Reduzierung des Ansatzes	2005	2004	von	610.671.200 Euro	602.251.800 Euro	um	3.000.000 Euro	1.500.000 Euro	auf	607.671.200 Euro	600.751.800 Euro
Reduzierung des Ansatzes	2005	2004												
von	610.671.200 Euro	602.251.800 Euro												
um	3.000.000 Euro	1.500.000 Euro												
auf	607.671.200 Euro	600.751.800 Euro												

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:															
<p>noch 04/02</p>	<p>Begründung: Das Gerichtsvollzieherwesen muss privatisiert werden. Das wird zu Einsparungen von 43 Mio. Euro führen. Bei einer Umsetzung der Privatisierung im Jahr 2004 können sukzessive kw-Vermerke ausgebracht werden. Daher können im Haushaltsjahr 2004 45 Stellen im Bereich A 8 der Gerichtsvollzieher/Gerichtsvollzieherin kw-gestellt werden und im Jahr 2005 weitere 45. Dies führt im Haushaltsjahr 2004 zu einer Einsparung von 1,5 Mio. Euro und im Jahr 2005 zu einer Einsparung von 3 Mio. Euro.</p> <p>Votum des Fachausschusses:</p> <p>Der Antrag wurde im Fachausschuss zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss "Personal" verwiesen. Es fand keine Abstimmung statt.</p>																
<p>04/03</p>	<p>SPD/Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Kapitel 04 210 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften</p> <p>Titel 422 02 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <table border="0"> <tr> <td>Reduzierung des Ansatzes</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2005</td> <td>2004</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>80.037.200 Euro</td> <td>80.108.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>628.800 Euro</td> <td>387.600 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td>79.408.400 Euro</td> <td>79.720.600 Euro</td> </tr> </table>	Reduzierung des Ansatzes			von	2005	2004	um	80.037.200 Euro	80.108.200 Euro	auf	628.800 Euro	387.600 Euro		79.408.400 Euro	79.720.600 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: Enth. FDP: Enth. GRÜNE: ja</p>
Reduzierung des Ansatzes																	
von	2005	2004															
um	80.037.200 Euro	80.108.200 Euro															
auf	628.800 Euro	387.600 Euro															
	79.408.400 Euro	79.720.600 Euro															

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Veränderung bei den Stellen:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:																		
noch 04/03		<p>Veränderung bei den Stellen:</p> <p>1. Reduzierung der Stellen für Justizsekretärwärter/innen im Eingangsamts Bes.Gr. A 6 m.D. BBesO im Haushaltsjahr 2004</p> <table data-bbox="446 918 574 1075"> <tr><td>von</td><td>220</td></tr> <tr><td>um</td><td>38</td></tr> <tr><td>auf</td><td>182</td></tr> </table> <p>im Haushaltsjahr 2005</p> <table data-bbox="606 918 734 1075"> <tr><td>von</td><td>233</td></tr> <tr><td>um</td><td>38</td></tr> <tr><td>auf</td><td>195</td></tr> </table> <p>2. Reduzierung der Anzahl der beabsichtigten Einstellungen für Justiz-/Regierungssekretärwärter/innen im Eingangsamts Bes.Gr. A 6 m.D. BBesO im Haushaltsjahr 2004</p> <table data-bbox="861 963 989 1075"> <tr><td>von</td><td>38</td></tr> <tr><td>um</td><td>38</td></tr> <tr><td>auf</td><td>0</td></tr> </table> <p>Begründung: Durch die Verkürzung der Ausbildung im mittleren Justizdienst von zwei Jahre auf sechs Monate werden 38 Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Bes.Gr. A 6 m.D. BBesO) nicht mehr benötigt. Der Stellenplan wird für beide Haushaltsjahre entsprechend angepasst. Im Jahr 2004 werden 38 Einstellungsermächtigungen nicht mehr benötigt, da der erste verkürzte Ausbildungsgang zum 1.9.2005 beginnt. Deckung für Kapitel 04 210 Titel 684 10, 684 20, 684 30, 684 40 und für Kapitel 04 410 Titel 684 10.</p>	von	220	um	38	auf	182	von	233	um	38	auf	195	von	38	um	38	auf	0	
von	220																				
um	38																				
auf	182																				
von	233																				
um	38																				
auf	195																				
von	38																				
um	38																				
auf	0																				

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
noch 04/03	<p><u>Votum des Fachausschusses:</u></p> <p>Der Antrag wurde im Fachausschuss zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss "Personal" verwiesen. Es fand keine Abstimmung statt.</p>													
04/04	<p><u>Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen</u> <u>Titel 425 01 - Vergütungen der Angestellten</u></p> <p>In der Sitzung wurde diskutiert inwieweit bei den 7 zusätzlichen Stellen der Verg.Gr. Ib/IIa BAT für Ärzte Sperrvermerke ausgewiesen werden. Eine Entscheidung hierüber soll ggf. im Haushalts- und Finanzausschuss getroffen werden.</p>													
04/05	<p>FDP und FDP/FA</p> <p><u>Kapitel 04 410 -Justizvollzugseinrichtungen</u> <u>Titel 427 01 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen</u></p> <table border="0"> <tr> <td>Erhöhung des Ansatzes</td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.087.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.077.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2.087.700 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.577.700 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel dienen zur Verstärkung der Sicherheitslage im Strafvollzug. Denn die Sicherheitslage im Strafvollzug wird immer bedrohlicher. Der Vollzugs-</p>	Erhöhung des Ansatzes	2005	2004	von	1.087.700 Euro	1.077.700 Euro	um	1.000.000 Euro	500.000 Euro	auf	2.087.700 Euro	1.577.700 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: Enth. FDP: ja GRÜNE: nein</p>
Erhöhung des Ansatzes	2005	2004												
von	1.087.700 Euro	1.077.700 Euro												
um	1.000.000 Euro	500.000 Euro												
auf	2.087.700 Euro	1.577.700 Euro												

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 04/05	<p>alltag ist gekennzeichnet durch die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gefangenen, eine Sprachenvielfalt und eine Zunahme an Selbstmorden, die zeigen, dass der Resozialisierungsgedanke nur mit ausreichend Personal gewährleistet werden kann.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses:</u></p> <p>Der Antrag wurde im Fachausschuss zur Kenntnis genommen und an den Unterausschuss "Personal" verwiesen. Es fand keine Abstimmung statt.</p>	
04/06	<p>FDP und FDP/FA</p> <p><u>Kapitel 04 410 - Justizvollzugseinrichtungen</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausweisung einer neuen Titelgruppe 61: "Modellprojekt Jugendstrafvollzug" 2. Die Titelgruppe erhält folgenden Haushaltsvermerk: "Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig." 3. Ansätze: <p>Titel 427 61 Ausgaben aufgrund von Gestellungsverträgen im Haushaltsjahr 2004 500.000 Euro im Haushaltsjahr 2005 1.000.000 Euro</p> <p>Titel 526 61 Sachverständige Titel 546 61 Vermischte Ausgaben Strichansätze für beide Jahre</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: ja FDP: ja GRÜNE: nein</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:								
noch 04/06	<p>Begründung: Die Mittel dienen der Anschubfinanzierung, um einen ersten Einstieg in die Umsetzung des neuen Strafvollzugskonzeptes für den Jugendstrafvollzug im Sinne des Eckpunktepapiers der FDP-Landtagsfraktion vorzunehmen.</p> <p><u>Votum des Fachausschusses</u> abgelehnt</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>Grüne</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	FDP	ja	Grüne	nein	
SPD	nein									
CDU	ja									
FDP	ja									
Grüne	nein									
	<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 04:</p>	<p>angenommen</p> <table border="0"> <tr> <td>SPD:</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU:</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP:</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE:</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD:	ja	CDU:	nein	FDP:	nein	GRÜNE:	ja
SPD:	ja									
CDU:	nein									
FDP:	nein									
GRÜNE:	ja									

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
05/02	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk Nr. 7</p> <p>7. Mittel für nicht besetzte Planstellen und Stellen dürfen bis zur Höhe von 5.000.000 Euro zur Verstärkung des Ansatzes bei Kapitel 05 300 Titel 427 20 eingesetzt werden. Dabei wird eine Stelle an Gymnasien, Weiterbildungskollegs und Berufskollegs mit 45.000 EURO, an allen anderen Schulformen mit 40.000 EURO bewertet.</p> <p>Begründung: Der Haushaltsvermerk zielt darauf ab, die Unterrichtsversorgung durch die Möglichkeit, eingesparte Mittel auf Grund nicht besetzter (besetzbarer) Lehrstellen zur Verstärkung des Programms "Geld statt Stellen" heranziehen zu dürfen, zu verbessern.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>												
05/03	FDP/FA	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</p> <table border="0"> <tr> <td>Reduzierung des Ansatzes</td> <td style="text-align: right;">2005</td> <td style="text-align: right;">2004</td> </tr> <tr> <td>Von</td> <td style="text-align: right;">110.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">110.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">100.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Haushaltsvermerk (neu): Die freiwerdenden Mittel sind vollständig in Kapitel 20 020, Titel 461 10 (Vermerk 1) einzustellen und zur Verstärkung der Lehrerneueinstellungen mit regulären Planstellen bestimmt.</p>	Reduzierung des Ansatzes	2005	2004	Von	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro	um	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro	auf	0 Euro	0 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: nein FDP: ja GRÜNE: nein</p>
Reduzierung des Ansatzes	2005	2004													
Von	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro													
um	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro													
auf	0 Euro	0 Euro													

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
noch 05/03	<p>Begründung: Mit den Mitteln, die durch diese Ansatzstreichung im Landeshaushalt frei werden, sollen reguläre Lehrplanstellen finanziert werden, damit die Unterrichtsversorgung im Land dauerhaft verbessert werden kann. Das Mangelprogramm „Geld statt Stellen“ hat sich für die Unterrichtsversorgung weder als qualitativ gut noch ausreichend erwiesen. Stattdessen führt es für die Schülerinnen und Schüler zu einem ständigen Wechsel der Bezugspersonen und ist zudem äußerst bürokratisch organisiert.</p> <p>Votum des Fachausschusses: abgelehnt SPD nein CDU nein FDP ja GRÜNE nein</p>													
05/04	<p>Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam Titel 427 20 - Vergütungen für Aushilfen</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table data-bbox="1037 1075 1212 1724"> <thead> <tr> <th></th> <th>2005</th> <th>2004</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td>110.500.000 Euro</td> <td>100.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>5.000.000 Euro</td> <td>5.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>105.500.000 Euro</td> <td>95.500.000 Euro</td> </tr> </tbody> </table> <p>Haushaltsvermerk (neu) 3. Die Mittel sind übertragbar.</p>		2005	2004	von	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro	um	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro	auf	105.500.000 Euro	95.500.000 Euro	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>
	2005	2004												
von	110.500.000 Euro	100.500.000 Euro												
um	5.000.000 Euro	5.000.000 Euro												
auf	105.500.000 Euro	95.500.000 Euro												

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 05/05		<p><u>Votum des Fachausschusses:</u> abgelehnt SPD nein CDU Enthaltung FDP ja GRÜNE nein</p>	
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 05:</p>	<p>angenommen SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>

Einzelplan 06 – Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
06/01	FDP/FA	<p>Kapitel 06 071 - Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10 574 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10 402 900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10 574 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">10 402 900 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Der Staatsvertrag mit der ZVS ist zu kündigen.</p> <p>Der Wegfall der ZVS für die Studienplatzzuweisung in NRW ist eine Grundbedingung für Freiheit in Lehre und Studium und mehr Wettbewerb an den Hochschulen.</p> <p>Demnach sollen sich Studienbewerber für alle Fachbereiche direkt bei der Universität ihrer Wahl bewerben können, die Hochschulen erhalten im Gegenzug das Recht, sich unter den Bewerbern die Geeigneten auszusuchen.</p> <p>Dies trägt zu einer Profilbildung der Universitäten bei.</p>		2005	2004	von	10 574 000 Euro	10 402 900 Euro	um	10 574 000 Euro	10 402 900 Euro	auf	0 Euro	0 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: Enth. FDP: ja GRÜNE: nein</p>
	2005	2004													
von	10 574 000 Euro	10 402 900 Euro													
um	10 574 000 Euro	10 402 900 Euro													
auf	0 Euro	0 Euro													

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
noch 06/01		<p>Votum des Fachausschusses:</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: nicht beteiligt FDP: ja GRÜNE: nein</p>												
06/02	<p>FDP und FDP/FA</p>	<p>Kapitel 06 100 - Hochschulen allgemein Titelgruppe 62 - Frauenförderung</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">3 775 800 Euro</td> <td style="text-align: right;">3 775 800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">387 500 Euro</td> <td style="text-align: right;">387 500 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4 163 300 Euro</td> <td style="text-align: right;">4 163 300 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Fraktionen der Regierungskoalition haben jüngst in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, die Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung zu ändern, damit Frauen ihre Chancen wahrnehmen können und das Potential der Frauen viel besser zum Tragen kommt. Fakt ist jedoch, dass der Haushaltsentwurf eine Reduzierung von rund 9,3 % vorsieht. Dabei gehört zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen in Wissenschaft und Forschung für die Chancen von Frauen auch eine solide finanzielle Ausstattung. Wer Frauenförderung im Wissenschaftsbereich angestrebt, darf deren Verwirklichung nicht durch finanzielle Schranken gefährden.</p> <p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: Enth. FDP: ja GRÜNE: nein</p>		2005	2004	von	3 775 800 Euro	3 775 800 Euro	um	387 500 Euro	387 500 Euro	auf	4 163 300 Euro	4 163 300 Euro
	2005	2004												
von	3 775 800 Euro	3 775 800 Euro												
um	387 500 Euro	387 500 Euro												
auf	4 163 300 Euro	4 163 300 Euro												

Einzelplan 08 – Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
08/01	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 08 010 - Ministerium Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Haushalt 2004: Veränderung bei den Leerstellen: Zugang von 1 Leerstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO</p> <p>Haushalt 2005: 1. Erhöhung des Ansatzes von 10.844.500 Euro um 46.000 Euro auf 10.890.500 Euro</p> <p>2. Veränderung bei den Planstellen Zugang von 1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO</p> <p>Haushalt 2004/2005: Veränderung bei den Stellen für beamtete Hilfskräfte Abgeordnete Beamte und Beamtinnen Zugang von 2 Abordnungsstellen der Bes.Gr. A 14 BBesO</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: Enth. FDP: Enth. GRÜNE: ja</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 08/01		<p>Begründung: Jungen Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes des nachgeordneten Geschäftsbereiches soll mehr als bisher die Möglichkeit gegeben werden, sich über Arbeitsinhalte des Ministeriums zu informieren und entsprechende Erfahrungen in einer obersten Landesbehörde zu sammeln. Somit ist erforderlich, entsprechend qualifizierte Beschäftigte des Landesbetriebes Straßenbau NRW vorübergehend im Ministerium einzusetzen. Ein beurlaubter Beamter des höheren Dienstes soll nach Beendigung der Beurlaubung im Ministerium eingesetzt werden. Hierzu ist in 2004 eine Leerstelle und in 2005 eine Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. aus dem Landesbetrieb Straßenbau NRW zum MVEL zu verlagern. Die Zugänge bei den Stellen bei Kapitels 08 010 Titel 422 01 führen nicht zu einer Veränderung der Gesamtstellenzahl oder der Personalausgaben des Einzelplans 08, weil Stellen bei Kapitel 08 084 Titel 422 01 und Ausgaben bei Kapitel 08 084 Titel 682 90 entsprechend reduziert werden (vgl. Anträge Nr. 5 und Nr. 6 zu Kapitel 08 084)</p>
08/02	SPD/Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 08 084 - Straßen- und Brückenbau Titel 422 01 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Haushalt 2004: 1. Veränderung bei den Planstellen Bes.Gr. A 14 BBesO Die in dem Haushaltsvermerk zu dieser Besoldungsgruppe ausgebrachte Zahl der Planstellen ohne Besoldungsaufwand wird von 3 um 2 auf 5 erhöht.</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: ja FDP: ja GRÜNE: ja</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
<p>noch 08/02</p>	<p>2. Veränderung bei den Leerstellen Abgang von 1 Leerstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO</p> <p>Haushalt 2005: Veränderung bei den Planstellen Abgang von 1 Planstelle der Bes.Gr. A 13 h.D. BBesO</p> <p><u>Begründung:</u> Siehe Antrag zu Kapitel 08 010 Titel 422 01.</p>	
	<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 08:</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:															
10/01	FDP	<p>Kapitel 10 045 - Eine-Welt-Politik Titel 429 00 - Aufwendungen für den Eine-Welt-Beauftragten/die Eine-Welt-Beauftragte</p> <table border="0"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>Reduzierung des Ansatzes</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">125.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">124.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">125.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">124.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Eine-Welt-Politik ist Aufgabe des Bundes. Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist angezeigt, haushaltspolitische Schwerpunkte zu setzen und ausschließlich originäre Aufgaben des Landes aus Landesmitteln zu finanzieren.</p>		2005	2004	Reduzierung des Ansatzes			von	125.600 Euro	124.300 Euro	um	125.600 Euro	124.300 Euro	auf	0 Euro	0 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: ja (bei 1 Enth.) FDP: ja GRÜNE: nein</p>
	2005	2004																
Reduzierung des Ansatzes																		
von	125.600 Euro	124.300 Euro																
um	125.600 Euro	124.300 Euro																
auf	0 Euro	0 Euro																
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>															

Einzelplan 11 – Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
11/01	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	einstimmig angenommen SPD: ja CDU: Enth. FDP: Enth. GRÜNE: ja
	<p>Kapitel 11 330 - Versorgungsämter des Landes NRW</p> <p>Titel 425 01 - Vergütungen der Angestellten</p> <p>Veränderung bei den Stellen für Angestellte:</p> <p>Abgang von 25 Stellen der VergGr. VIb/VII BAT im Haushalt 2004 25 Stellen der VergGr. VII/VIII BAT im Haushalt 2004 jeweils mit den dort ausgewiesenen kw-Vermerken</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Stellen sind aufgrund der Realisierung von kw-Vermerken zu streichen.</p>	angenommen SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja
	<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 11:</p>	angenommen SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja

Einzelplan 13 – Landesrechnungshof

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
		<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 13:</p> <p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: ja FDP: ja GRÜNE: ja</p>

Einzelplan 14 – Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
		<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 14:

Einzelplan 15 – Ministerium für Wirtschaft und Arbeit

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
15/01	FDP/FA	<p>Kapitel 15 020 - Allgemeine Bewilligungen Neue Titelgruppe 63: Aufbau eines Weiterbildungscontrollings</p> <p>Neuer Titel: Personalmittel Neuer Titel: Sächliche Verwaltungsausgaben Neuer Titel: Mittel für Gutachterdienste</p> <p>Neuer Ansatz im Haushaltsjahr 2004 1.700.000 Euro im Haushaltsjahr 2005 1.700.000 Euro</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: nein FDP: ja GRÜNE: nein</p>
		<p>Begründung: In unserer Wissensgesellschaft erhält lebenslanges Lernen zunehmend Bedeutung, vor allem im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Dies führt zu einer mittlerweile unüberschaubaren Angebotsvielfalt. Zur Steuerung und Optimierung der eingesetzten Mittel muss die Weiterbildung qualitätssichernde Maßnahmen ergreifen. Eine zukünftig zielgerichtete Profilierung der Weiterbildung lässt sich nur durch Aufbau eines Weiterbildungscontrollings realisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten darf dabei kein Selbstzweck sein. Angebote müssen regelmäßig einer gründlichen Evaluation unterzogen werden, um kriteriengeleitet festzustellen, wie hoch der Zielerreichungsgrad der Maßnahmen ausfällt und an welchen Stellen zukünftiger Optimierungsbedarf besteht. Unabhängbare Voraussetzung für einen so skizzierten kontinuierlichen Ver-</p>	

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 15/01		<p>besserungsprozess bildet ein ganzheitliches Weiterbildungscontrolling. Dessen Mindestbestandteile müssen Instrumente bilden, die einerseits den Erfolg der Kennnisvermittlung der Maßnahme selbst messen und zum anderen die sich anschließende Transferphase untersuchen, um ergebnisorientiert zu überprüfen, ob auch die Anwendung des Erlernten in der beruflichen Praxis störungsfrei gelingt.</p> <p>Eine rein statistische Datensammlung über Angaben zur Teilnehmerschaft, von Veranstaltungsformen oder Trägern sowie ein Kennziffernsystem hinsichtlich der Teilnehmerquote oder Teilnahmeintensität kann daher den genannten Anforderungen nicht genügen, da so keine steuerungsrelevanten Informationen über Optimierungspotentiale und Prioritätensetzungen generiert werden.</p> <p>In weiten Teilen der Wirtschaft sind deshalb in letzter Zeit umfangreiche personalwirtschaftliche Instrumente implementiert worden, die den finanziellen Erfolg von Weiterbildungskonzepten messen: Direkt am Fortbildungsende wird dort der Lerneffekt der Maßnahme selbst evaluiert, und im Anschluss daran wird ermittelt, welche Auswirkungen am Arbeitsplatz die Anwendung des Erlernten beispielsweise für eine Verbesserung der Arbeitseffizienz oder Kundenzufriedenheit haben.</p> <p>Eine derartige ganzheitliche qualitative Konzeption für ein Weiterbildungscontrolling ist auch für den öffentlichen Sektor unverzichtbar.</p> <p>Votum des Fachausschusses: abgelehnt SPD: nein CDU: nein FDP: ja GRÜNE: nein</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
15/02	FDP/FA	<p>Kapitel 15 030 - Landesförderungen der Arbeitspolitik und Ausbildung und Weiterbildung</p> <p>Neue Titelgruppe 67: Zur Stärkung der Haushaltsansätze für Maßnahmen der allgemeinen und politischen Weiterbildung</p> <p>Neuer Titel: Personalmittel Neuer Titel: Zuweisungen und Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung Neuer Titel: Zuschüsse für Investitionen an Träger der Weiterbildung</p> <p>Neuer Ansatz im Haushaltsjahr 2004 10.000.000 Euro im Haushaltsjahr 2005 10.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Mit der Erhöhung des Ansatzes sollen die zahlreichen, seitens der Landesregierung im Haushaltsplan vorgesehenen prozentualen Kürzungen im Weiterbildungsbereich abgewendet werden. Der Betrag ist so bemessen, dass die Haushaltsansätze für Zuweisungen und Zuschüsse für Weiterbildungsträger auf dem ihnen zugesicherten Niveau gehalten werden können. Vor allem sollen mit diesen Mitteln folgende Haushaltsansätze verstärkt werden:</p> <p>Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung</p>
		<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein CDU: nein FDP: ja GRÜNE: nein</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 15/02		<p>Förderung der Innovation der Weiterbildung Zuschüsse an Landesorganisationen der Weiterbildung Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der politischen Stiftungen</p> <p>Im Entwurf des Doppelhaushalts der Landesregierung für die Jahre 2004/2005 sind zahlreiche Mittelkürzungen vorgesehen, die das soziale und politische Klima in unserem Land gefährden, eine Pleitewelle im Bereich von Einrichtungen nach sich ziehen sowie bildungspolitische Einschnitte darstellen.</p> <p>Entgegen der in den Medien verbreiteten Nachricht, der Bildungsbereich bleibe von Kürzungen ausgenommen, sind Mittelkürzungen in Höhe von 15% im Bereich der Weiterbildung im Haushaltsentwurf vorgesehen. Darüber hinaus werden in der Familienbildung noch Streichungen von Sonderfördermitteln vorgenommen.</p> <p>Mit Schreiben vom 9. Oktober 2003 hat die Landesregierung den Landesorganisationen der Weiterbildung mitgeteilt, dass in den Jahren 2004 und 2005 jeweils von der Förderung aus 1999 (gesetzlicher Höchstförderbetrag entsprechend § 16 Absatz 5 WbG) 15% gekürzt werden. Ferner ist beabsichtigt, durch Änderung des WbG diese Kürzung als neuen Höchstförderbetrag festzuschreiben.</p> <p>Diese Kürzungen gefährden den Bestand nordrhein-westfälischer Bildungseinrichtungen in erheblichem Maße. Folglich kommt es zu einer gravierenden Angebotsreduktion und höheren Teilnahmegebühren für besonders benachteiligte Menschen, die ihre Weiterbildung nicht selbst finanzieren können. Das heißt, gerade die Zielgruppe des Weiterbildungsgesetzes, die den höchsten Bildungsbedarf hat, wird von der Teilnahme an Weiterbildung zukünftig ausgeschlossen. Im Bereich der Familienbildung bedeu-</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 15/02		<p>tet das auch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für Kinder in Familien mit geringem Einkommen.</p> <p>Von diesen Kürzungen sind unter anderem Gewerkschaften, Volkshochschulen, kommunale Träger, Kirchen und vielfältige lokale Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie der Landessportbund betroffen, bei denen verständlicherweise große Aufregung herrscht. Ferner sind schon seit Anfang der achtziger Jahre die inflationsbedingten Verluste bei den WbG-Fördermitteln nie ausgeglichen worden. Diese so real fast um die Hälfte gekürzte Zuwendung deckt damit bereits heute nur 25% der Gesamteinnahmen vieler Träger. Dabei ist Weiterbildung in unserer Gesellschaft Lebenslangen Lernens für Wirtschaft und Gesellschaft ein unverzichtbares Kulturgut.</p> <p>Nicht nur 1999 im Zusammenhang mit den Beratungen zur Novellierung des Weiterbildungsgesetzes haben die Landesregierung und die Regierungsfractionen die Garantie ausgesprochen, dass die Fördermittel während der fünfjährigen Übergangszeit bis zum endgültigen Inkrafttreten der neuen Förderbestimmungen zum 1. Januar 2005 ungekürzt in gleichbleibender Höhe des Jahres 1999 zur Verfügung stehen. Die Träger der Weiterbildung haben diese fest versprochene Planungssicherheit begrüßt und sie zur Grundlage ihrer Qualitätsentwicklung bei den Angeboten erhoben.</p> <p>Die seinerzeit zuständige Bildungsministerin Gabriele Behler hat am 5. Mai 1999 vor dem nordrhein-westfälischen Landtag die verlässliche und ungekürzte Finanzhilfe des Landes in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen gestellt und als großen Erfolg für die Weiterbildung bezeichnet. Am 29. September 1999 gab Ministerin Behler an gleicher Stelle die Garantie: „Keine Einrichtung verliert Geld.“ (PP 12/126). In selbiger Plenardebatte garantierten sämtliche Mitglieder der heutigen Regierungsfractionen die verläss-</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 15/02	<p>liche parlamentarische Unterstützung dieser Zusage. Auch in der laufenden Periode haben Vertreter von Regierung und den sie tragenden Parlamenten diesen Kurs immer wieder erneut bestätigt. So hat auch Arbeitsminister Harald Schartau im Rahmen bisheriger Haushaltsberatungen die Sicherheit des „finanziellen Fundaments“ für die Weiterbildungseinrichtungen stets betont.</p> <p>Um so unverständlicher erscheint der aktuelle Kabinettsbeschluss. Dass nunmehr trotz Kostensteigerung nicht mehr die Beibehaltung der bisherigen Budgets gesichert ist und die Regierung die Erosion dieser Bildungssäule forciert, verdeutlicht einmal mehr den wahren Charakter der sogenannten Verlässlichkeit der rot/grünen Landesregierung im Bildungsreich. Gerade auch im Hinblick auf die Ergebnisse der PISA-Studie scheint es fragwürdig, weitere Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen.</p> <p>Votum des Fachausschusses: abgelehnt SPD: nein CDU: nein FDP: ja GRÜNE: nein</p>	
	<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 15:</p>	<p>angenommen SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>

Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzverwaltung

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:												
20/01	<p>FDP und FDP/FA</p> <p>Kapitel 20 020 - Allgemeine Bewilligungen</p> <p>Titel 461 10 - Zur Verstärkung der Ansätze für Personalausgaben in den Einzelplänen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table border="0" style="margin-left: 40px;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2005</td> <td style="text-align: center;">2004</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">35.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">520.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">510.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">555.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">545.500.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Neue Haushaltsvermerke:</p> <p>...</p> <p>6. In Höhe von 485.500.000 EURO in 2004 und 495.500.000 EURO in 2005 dienen die zusätzlichen Mittel der Einstellung neuer Lehrer bzw. der Verbesserung der Personalausstattung an Schulen mit sozialpädagogischen Fachkräften. Insbesondere sollen diese zusätzlichen Mittel zur Einrichtung flexibler Stellenbudgets auf Ebene der kommunalen Schulträger genutzt werden. Die kommunalen Schulträger entscheiden dann nach örtlicher Notwendigkeit, welche Schulstandorte bedarfsspezifisch aufgrund ihrer besonderen Belastungssituation vorrangig zusätzliche Kräfte zugewiesen bekommen.</p> <p>7. In Höhe von 10.000.000 EURO dienen die zusätzlichen Mittel dem Erhalt und der Realisierung der bislang vorgesehenen Beförderungsstellen sowie der Gewährung von Leistungsprämien und Besoldungsverbesserungen, um die Attraktivität des Lehrerberufes zu fördern und besondere Leistung zu hono-</p>		2005	2004	von	35.000.000 Euro	35.000.000 Euro	um	520.500.000 Euro	510.500.000 Euro	auf	555.500.000 Euro	545.500.000 Euro	<p>abgelehnt</p> <p>SPD: nein Enth. CDU: ja FDP: ja GRÜNE: nein</p>
	2005	2004												
von	35.000.000 Euro	35.000.000 Euro												
um	520.500.000 Euro	510.500.000 Euro												
auf	555.500.000 Euro	545.500.000 Euro												

Lfd.Nr.: Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
<p>noch 20/01</p>	<p>rieren.</p> <p>8. In Höhe von 15.000.000 EURO dienen die zusätzlichen Mittel der Einstellung von 300 sozialpädagogischen Fachkräften an Brennpunktschulen bzw. an Schulen mit besonderen Herausforderungen.</p> <p>9. Die im Haushalt ausgewiesenen Stellen, die aufgrund bedarfsdeckenden Unterrichts sowie durch das Programm „Geld statt Stellen“ auf die Planstellen angerechnet werden, sollen unter Inanspruchnahme der in Vermerk 6 genannten Mittel in reguläre Planstellen umgewandelt werden.</p> <p>Begründung: Die Attraktivität des Lehrerberufes muss gesteigert werden, damit die zukünftige Unterrichtsversorgung für alle Schulformen wieder gewährleistet werden kann. Notwendig ist auch eine tatsächliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen.</p> <p>Die gegenwärtige Besoldung von Lehramtsanwärtern in Nordrhein-Westfalen ist nicht konkurrenzfähig. Diese sollen ein Entgelt akzeptieren, das der Kategorie von Ausbildungsvergütungen entspricht. In der Folge ergreifen zahlreiche Lehramts-Hochschulabsolventen direkt eine Berufstätigkeit in der Wirtschaft anstatt ein Referendariat anzutreten. Hierdurch wird sich der bereits bestehende Fachlehrermangel in NRW weiter verschärfen.</p> <p>Der Schüleranstieg geht zulasten der Lehrerkollegien: Pflichtstundenerhöhungen gehören schnellstens revidiert. Verbunden mit einer immer problematischeren Schülerschaft stellen diese Verschlechterungen bereits heute für Lehrer an allen Schulformen unzumutbare Arbeitsbelastungen dar.</p> <p>Die Erkenntnisse der Arbeitszeituntersuchung von Mummert + Partner von 1999,</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
noch 20/01		<p>die eine Lehrerbearbeitungsbelastung weit über dem Durchschnitt des öffentlichen Dienstes belegt, sind noch nicht umgesetzt, obwohl spätestens 2002 eine sichtbare Kurskorrektur gefordert wurde, um Gerechtigkeitslücken zu schließen.</p> <p>Wer Unterrichtsausfall tatsächlich bekämpfen will, muss kommunalen Schulträgern die Wiedereinrichtung einer dezentralen Stellenreserve für Vertretungsunterricht im Haushalt ermöglichen. Zugleich sind unattraktive Mangelprogramme wie „Geld statt Stellen“ komplett durch unbefristete und reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu ersetzen.</p> <p>Inbesondere durch die doppelte Flexibilisierung der zusätzlichen Personalmittel (Entscheidungshoheit der kommunalen Schulträger über Schwerpunktbedarfe sowie alternativer Mitteleinsatz für Lehrer oder anderweitiges pädagogisches Fachpersonal) werden Schulen in einer selbständigeren Schullandschaft in die Lage versetzt, Unterrichtsausfall zu vermeiden, Qualitätsverbesserungen zu realisieren, individuelle Fördermaßnahmen für Schüler zu forcieren oder neue Herausforderungen (wie Probleme aufgrund der flexiblen Schuleingangsphase) besser zu meistern.</p> <p>Eine moderne Altersteilzeitregelung ist zur Sicherstellung der Unterrichterteilung unverzichtbar. Wird diese Lehrern im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen weiterhin verwehrt, bleibt die Welle gesundheitsbedingter Frühpensionierungen unverändert bestehen, die nicht nur dem Beschäftigteninteresse widersprechen, sondern auch für den Dienstherren überproportionale Mehrausgaben bedeuten, ohne dass eine einzige Stunde Unterricht erteilt wird.</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:	Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
	<p><u>Votum des Fachausschusses</u></p> <p>abgelehnt SPD nein CDU Enthaltung FDP ja Grüne nein</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>
	<p>Gesamtabstimmung über den Einzelplan 20:</p>	

Haushaltsgesetz

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
HG/01		<p>Artikel I</p> <p>In der Sitzung wurde auf die Diskussion in der Arbeitsgruppe "Haushaltsrecht und Haushaltsvollzug gemeinsam zukunftsorientiert gestalten" verwiesen und angekündigt, dass es für den entfallenen § 7a eine Ersatzregelung geben soll. Ein entsprechender Antrag soll im weiteren Beratungsverfahren eingebracht werden.</p>	
HG/02	alle Fraktionen	<p>Artikel I, § 8, Absatz 3, Ziffer 2 erhält folgende Fassung:</p> <p>2. Planstellen und Stellen im Bereich der Ministerin/des Ministers im Referat der persönlichen Referentin/des persönlichen Referenten sowie im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,</p> <p>Begründung: Hinter dem Wort "Ministers" wurde im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2004/2005 ein Komma eingefügt, wodurch der Eindruck entstand, dass der Kreis der von der Besetzungssperre ausgenommenen Planstellen und Stellen vergrößert werden sollte. Zur Klarstellung sollte dieses Komma wieder gestrichen werden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: ja FDP: ja GRÜNE: ja</p>

Lfd.Nr.:	Antrag der Fraktion:		Abstimmungsergebnis im Ausschuss:
		<p>Gesamtabstimmung über das Haushaltsgesetz:</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD: ja CDU: nein FDP: nein GRÜNE: ja</p>

